



«Tiptopf» Bald wird das Kochbuch zum zweimillionsten Mal gedruckt. Marianne Keller und Ursula Schmid haben den Bestseller mitverfasst. 19

Tickets für Metallica-Konzert verkauft: Richter spricht Carchauffeur frei

Ein Berner Reiseunternehmer kämpfte vor Gericht dafür, dass er vor dem Hallenstadion Konzerttickets verkaufen darf. Er bekam recht. Das Urteil könnte die Polizei in die Zwickmühle bringen.

Von Peter Aeschlimann

Zürich - Chauffeur Simon Lauener (Name geändert) hatte seinen Car wie immer auf dem Parkplatz hinter dem Hallenstadion abgestellt. Die mitgereisten Rockfans aus den Kantonen Bern und Solothurn freuten sich auf das bevorstehende Metallica-Konzert, ihm knurrte der Magen. Am Nachmittag hatten vier Teilnehmer der Konzertreise kurzfristig absagen müssen. Bevor er sich in der Metzgerstube verpflegen wollte, versuchte Lauener, die überzähligen Tickets loszuwerden. Seine Chancen standen gut, schliesslich war der Gig der US-Band restlos ausverkauft. Der Erlös sollte den vier verhinderten Kunden überwiesen werden - so macht das sein Arbeitgeber seit über 20 Jahren. Lauener hatte sich gerade in der Nähe der Tramhaltestelle positioniert, als ihm die Polizisten auf die Schulter klopfen.

Eine Grundsatzfrage

Das war im Juli 2009. Diese Woche stand Simon Lauener deswegen in Zürich vor dem Kadi. Begleitet wurde er von seinem Chef, dem Utzenstorfer Unternehmer Daniel Gast. Der akzeptierte die Busse von 338 Franken nicht, wollte «in dieser Sache endlich einmal Klarheit». Der Fall werfe tatsächlich eine Grundsatzfrage auf, sagte Bezirksrichter Bozzone zu Beginn der Verhandlung. Hatte Simon Lauener die Tickets ohne Bewilligung zu Erwerbszwecken angeboten und damit gegen Bundesgesetz verstossen? Und benutzte der Chauffeur hierfür verbotenerweise öffentlichen Grund?

Knackpunkt war Ziffer 3 in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Gast AG. Dort steht, dass sich die Firma nach kurzfristigen Absagen bemüht, betroffenen Kunden einen Teil des bezahlten Preises durch Weiterverkauf ihres Tickets zurückzuerstatten. Eine Garantie dafür gibt es jedoch nicht. Justitia witterte Wettbewerbsvorteile: «Denken Sie, dass die Leute deswegen bei Ihnen buchen?», fragte der Bezirksrichter. «Nein», erwiderte Daniel Gast energisch, «das sind Fans. Die kommen, weil sie Metallica sehen wollen.» Ziffer 3 gelange höchst selten zur Anwendung. Wenn es hoch komme, rund ein Dutzend Mal im Jahr. Profitiere jemand davon, heisse es danach am Stammtisch: «Dr Gascht isch e guete Cheib», und nicht: «Du musst mit Gast reisen wegen Ziffer 3 in den AGB.»

Nie teurer als im Vorverkauf

Und Chauffeur Lauener, seit 1997 für das Berner Familienunternehmen hinter dem Steuerrad, ergänzte: «Die fahren mit mir, weil sie es bequem mögen, keinen Parkplatz suchen müssen, Alkohol konsumieren dürfen und später bei der Heimreise schlafen können.» Nun wollte der Bezirksrichter wissen, wie lange die Chauffeure jeweils mit überschüssigen Tickets wedeln würden. Das



Metallica-Sänger James Hetfield: Ein Carchauffeur verkaufte vor dem Auftritt der Band Tickets von verhinderten Kunden. Foto: Key

sei ihnen freigestellt, antwortete Daniel Gast. «Haben sie Hunger, gehen sie essen.»

Es reiche in der Regel, die Tickets in der Hand zu halten, sagte Simon Lauener. Er gehe weder auf die Leute zu, noch beanspruche er mehr Platz als jemand, der vor dem Konzertlokal ein Bier trinke oder eine Bratwurst esse. Im Übrigen veräussere man die Tickets nie teurer als im Vorverkauf, ergänzte Daniel Gast. Dumpingpreise kämen jedoch nicht infrage, man wolle nämlich auf keinen Fall den Schwarzhandel unterstützen. «Eher zerreißen wir die Tickets.» Das Angebot sei als reine «Dienstleistung» zu verstehen, eine Goodwill-Aktion, die sich finanziell nicht lohne. Als ein Unternehmen, das Passagiere an



Carbetreiber Gast.

Grossanlässe in der ganzen Schweiz transportiere, kenne man mittlerweile die Schwarzhändler. «Ob in Genf, Basel, St. Gallen oder Zürich: Es sind überall die gleichen», sagte Daniel Gast.

150 Franken für die Umtriebe

Die Botschaft kam offensichtlich an: Die Polizisten hatten dem Falschen auf die Schulter geklopft, damals, 2009. Nach kurzer Beratungszeit sprach Bezirksrichter Bozzone den Beschuldigten Lauener von allen Vorwürfen frei. Lauener verkaufe weder regelmässig noch zu Erwerbszwecken Tickets. Der Weiterverkauf stelle für die Gast AG keine ins Gewicht fallende Einnahmequelle dar. Auch habe Simon Lauener vor dem Metallica-Konzert den öffentlichen Raum der Stadt Zürich nicht in «gesteigertem Masse» genutzt. Der Bezirksrichter stütze sein Urteil auf einen Entscheid des Bundesgerichts, wonach Unterschriftensammeln auf öffentlichem

Grund erlaubt ist. Die übrigen Konzertbesucher seien durch den Carchauffeur nicht behindert worden. Für seine Umtriebe entschädigte das Gericht Simon Lauener mit 150 Franken.

Das Verdikt könnte weitreichende Folgen für die Polizeiarbeit haben. Heute ist es in Zürich auf öffentlichem Grund verboten, auch nur ein einzelnes Ticket ohne Bewilligung zu verkaufen. Und obwohl die Beamten laut Stapo-Sprecher Marco Cortesi bei der Umsetzung mit Augenmass vorgehen, lässt ihnen das Gesetz kaum Spielraum. Inwiefern das Urteil im Fall des Carchauffeurs den Kampf gegen Schwarzhandel beeinflussen wird, mochte gestern bei der Stadtpolizei niemand kommentieren.

Ob man das Urteil an die nächsthöhere Instanz weiterziehen werde, konnte Statthalter Hartmuth Attenhofer gestern noch nicht sagen. Erst müsse er die schriftliche Begründung des Urteils gelesen haben.

Grüne Stadträtin liess sich mit der Limousine ins Urnerland chauffieren

Ruth Genner reiste nicht mit dem Zug in den Kanton Uri. Aus Zeitgründen. Die grüne Stadträtin muss sich deshalb Tadel anhören - auch aus der eigenen Partei.

Von Stefan Häne

Zürich/Schatt Dorf - Darauf hoffen Politiker jeglicher Couleur: dass ihre Gegner ins Fettnäpfchen treten. Angriffsfläche bietet seit Mittwoch die grüne Stadträtin Ruth Genner. «Sie predigt Wasser und trinkt Wein», sagt SVP-Fraktionschef Mauro Tuena. Genner propagiere an vorderster Front die 2000-Watt-Gesellschaft, erfülle die hoch gesteckten An-

sprüche aber bei weitem selber nicht. «Sie gibt kein gutes Vorbild ab.»

Genner weilte zusammen mit ihrem Stadtratskollegen Gerold Lauber (CVP) am Mittwochabend in Schatt Dorf UR, dies im Rahmen des sogenannten Brückenschlag-Programms, das Stadt und Land näher zusammenbringen soll und Politikern aus Zürich und Uri seit 1998 dazu dient, sich auszutauschen.

«Keine Ideologin»

Anwesend am «Brückenschlag» war auch ein Grossteil der Zürcher Gemeinderäte. Politiker aus SVP und FDP beobachteten dabei, wie die grüne Stadträtin den Weg nach Schatt Dorf fand - in einem schwarzen Audi A8. Auch Lauber liess sich in der stadträtlichen Limousine

chauffieren. Michael Baumer, Präsident der Stadtzürcher FDP, kritisiert vorab die grüne Stadträtin: Anders als Lauber gehöre Genner einer Partei an, die Autos mit zu viel Benzinverbrauch verbieten wolle. «Dass ausgerechnet sie nicht mit dem Zug anreist, ist befremdend.» Störend findet Baumer auch, dass der Dienstwagen des Stadtrats zu den verbrauchsstarken Autos zählt. Gemäss Herstellerangaben stösst ein Audi A8 je nach Modell pro Kilometer zwischen 200 und 220 Gramm CO₂ aus. Um die Anti-Offroad-Initiative der Grünen abzuwenden, beschloss das eidgenössische Parlament jüngst, dass neu zugelassene Autos bis 2015 nicht mehr als 130 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstossen dürfen.

Auf ihrer Website preist Genner die 2000-Watt-Gesellschaft an. Es brauche «Hartnäckigkeit», um diese «grosse Herausforderung» zu meistern. Für die Bürgerlichen hohle Phrasen: Genner habe als grüne Politikerin ein Glaubwürdigkeitsproblem, so der Tenor. Die Vorsteherin des Tiefbauamts bestreitet dies vehement, wie sie über ihren Sprecher Pio Marzolini ausrichten lässt. Die Mobilitätsstrategie des Stadtrats verbiete es nicht, im Ausnahmefall mit dem Auto zu reisen, sagt Marzolini. «Aus zeitlichen Gründen war dies nicht anders möglich.» Genner reise, wenn immer möglich, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, per Velo oder zu Fuss. Sie sei aber «keine Ideologin».

Leise Kritik muss sich Genner auch aus den eigenen Reihen gefallen lassen.

Anzeige

FDP
Die Liberalen

Mehr
Leistung,
weniger
Bittibätti.

FDP wählen.
Aus Liebe zur Schweiz.

www.fdp-zh.ch

10 000 Franken für Hinweise im Seefeld-Fall

Seit neun Monaten ist die Tötung einer Psychiaterin ungeklärt. Jetzt soll eine Belohnung auf die Spur des Täters führen.

Von Edgar Schuler

Zürich - Dutzende von Männern mussten zum Gontest antraben, ein Tatverdächtiger sass 26 Tage in Untersuchungshaft. Aber der Fall ist auch nach einem Dreivierteljahr völlig rätselhaft, nicht einmal die Tatwaffe ist gefunden worden. Darum setzt die Kantonspolizei eine Belohnung von bis zu 10 000 Franken aus. Es geht um eine 56-jährige Psychiaterin, die am Abend des 15. Dezember 2010 in ihrer Praxis an der Wildbachstrasse erstochen aufgefunden wurde. Die Frau, verheiratet, Mutter einer 14-jährigen Tochter, angesehene Ärztin, stammte aus Chile und wohnte in Küsnacht.

Polizisten suchten die Umgebung intensiv ab und nahmen mehrere Personen zur Befragung auf den Posten mit. Einen Mann verhaftete die Polizei. Der Jurist, der in einem Nachbargebäude wohnte, hatte laut Medienberichten ein Messer gefunden und als mögliche Tatwaffe der Polizei gebracht. Der Verdacht fiel auf ihn, und er blieb in Untersuchungshaft. Als sich der Tatverdacht nicht erhärten liess, wurde er am 11. Januar 2011 wieder entlassen. Offenbar war das von ihm gefundene Messer nicht die Tatwaffe.

Dann nahmen Polizei und Staatsanwaltschaft am Tatort gefundene DNA-Spuren zu Hilfe. Männer aus dem Bekanntenkreis des Opfers mussten sich einem Vergleichstest unterziehen. Auch diese Methode führte zu keinem Ergebnis. Der Kreis der möglichen Täter sei aber viel kleiner geworden, sagte der zuständige Staatsanwalt Ende August.

Gestern kündigte die Kantonspolizei an, sie zahle für Hinweise, die zur Klärung des Delikts führen, eine Belohnung aus. Ebenfalls gestern war die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft in diesem Fall Thema eines Dokumentarfilms des Schweizer Fernsehens. Hinweise nimmt 044 247 22 11 entgegen.

«Als grüner Politiker sollte man sich auch im Alltag ökologisch verhalten und so ein Stück weit auch ein persönliches Vorbild sein», findet Markus Knauss, Fraktionschef der Grünen.

Nicht die erste Fahrt

Der Besuch im Kanton Uri hat bereits im Vorfeld zu reden gegeben, weil die Grünen nicht mit dem Car anreisen wollten. Die Fraktion nahm deshalb den Zug. Knauss fordert nun, dass die Stadt alle ihre Abläufe auf ihre 2000-Watt-Tauglichkeit hin überprüft. Dazu gehörten auch die Reisen der Politiker. Genner hat sich nicht zum ersten Mal chauffieren lassen. Sie tat dies im Frühjahr, als sich der Stadtrat - ebenfalls in der Inner-schweiz - zu einer Klausursitzung traf.